

Niederschrift

5. öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungstermin:	Montag, 08.11.2021
Sitzungsbeginn:	19:40 Uhr
Sitzungsende:	22:35 Uhr
Ort, Raum:	Klosterberghalle Langenselbold, Schloßpark 7, 63505 Langenselbold, Saal Europa

Anwesend

Vorsitz

Bernd Kaltschnee

Mitglied

Markus Bausewein	nicht zu TOP 5 und 6
Anja Behrends	
Stefan Bollé	
Tobias Dillmann	nicht zu TOP 5 und 6
Monika Duderstadt	nicht zu TOP 5 und 6
Heike Dürr-Böhmer	
Thomas Egel	
Werner Fromm	
Florian Gibbe	nicht zu TOP 5 und 6
Gerhard Groß	nicht zu TOP 5 und 6
Susanne Großkopf	
Guntrun Hausmann	
Jürgen Heim	nicht zu TOP 5 und 6
Vera Heim	nicht zu TOP 5 und 6
Ralf Hesseling	
Cornelia Hofacker	
Niels Hofacker	
Axel Häsler	TOP 5 zu Beginn, nicht zu TOP 6
Christopher Höntsch	
Max Kaltschnee	
Christiane Kapp	nicht zu TOP 5 und 6
Armin Krammig	
Stefanie Kuhn	
Rainer Lamprecht	nicht zu TOP 5 und 6
Rainer Lerch	nicht zu TOP 5 und 6
Patricia Reitz	nicht zu TOP 5 und 6
Christof Sack	nicht zu TOP 5 und 6

Oliver Schmidt	nicht zu TOP 5 und 6
Bettina Schonlau	
Jürgen Schonlau	
Roger Sievers	nicht zu TOP 5 und 6
Peter Volk	
Dipl.jur. Natalie Warnecke-Quanz	nicht zu TOP 5 und 6
Prinz John Philipp von Isenburg	nicht zu TOP 5 und 6

Schriftführung

Marilyn Burdick
Sitzungsdienst

Magistrat

Barbara Egel-Sahler
Timo Greuel
Konrad Höhler
Manfred Kapp
Gerhard Mohn
Roland Sahler
Benjamin Schaaf
Norbert Schwindt

Abwesend

Mitglied

Andreas Clement	entschuldigt
Talisa Schmidt	entschuldigt

Gäste:

./.

Folgende Pressevertreter waren zu Beginn der Sitzung anwesend:

Herr Gerth, Hanauer Anzeiger
Herr Abel, Gelnhäuser Neuen Zeitung
Herr Bär, Stadtjournal

Tagesordnung

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Mitteilungen
 - 2.1 des Bürgermeisters
 - 2.1.1 Weihnachtsmarkt 2021
 - 2.1.2 Beschwerde bei der Kommunalaufsicht gegen Bürgermeister Greuel und Erster Stadtrat Schaaf
 - 2.2 des Ersten Stadtrates
 - 2.2.1 Vakante Stelle Amtsleitung Finanzen und EDV
 - 2.3 des Stadtverordnetenvorstehers
 - 2.3.1 Wechsel in der Stadtverordnetenversammlung
 - 2.3.2 Geburtstage
 - 2.3.3 Volkstrauertag
 - 2.3.4 Bürgerversammlung am 18.11.2021
 - 2.3.5 Mikroschutz am Rednerpult
 - 2.3.6 Zusätzliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21.02.2022
 - 2.3.7 Änderung der heutigen Tagesordnung
 - 2.4 der Ausschussvorsitzenden
 - 2.4.1 Bericht des Vorsitzenden des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses

2.4.2	Bericht des Vorsitzenden des Sozial-, Kultur- und Vereinsausschusses	
3	Anfragen	
3.1	Straßenzustandsbericht - Anfrage der Freie Wähler-Fraktion vom 22.10.2021 -	
3.2	Abtransport Sperrmüll 2021 / 2022 - Anfrage der Freie Wähler-Fraktion vom 22.10.2021 -	
4	Vorläufige Ergebnis- und Finanzrechnung zum 31.12.2020	21/0039
5	1. Satzung zur Änderung der Abfallsatzung	21/0099
6	4. Satzung zur Änderung der Entwässerungssatzung der Stadt Langenselbold	21/0108
7	Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Langenselbold	21/0125
8	Änderung des Stadtverordnetenbeschlusses vom 19/3/2018 „Vereinbarung zwischen Fa. NR-Holding und der Stadt Langenselbold“	21/0122
9	Gesundheitszentrum der Vital AG - Herstellung des Einvernehmens gem. § 36 Baugesetzbuch - Zustimmung zur dreigeschossigen Ausführung - Änderung des Stadtverordnetenbeschlusses vom 19/11/2019 zum „Ankauf und Verkauf von Grundstücken zum Bau eines Gesundheitszentrums mit Discounter (Aldi)“	21/0123
10	E-Scooter Parkstationen für Langenselbold - Antrag der CDU-Fraktion vom 14.09.2021 -	21/0111
11	Aktualisierung des digitalen Stadtplans - Antrag der CDU-Fraktion vom 14.09.2021 -	21/0112
12	Mehrzweckhalle - Antrag der CDU-Fraktion vom 14.09.2021 -	21/0113

13	Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention - Antrag der SPD-Fraktion vom 21.01.2011 -	11/0011.2
14	Volksbegehren "Gebührenfreie Kitaplätze in ganz Hessen" - Antrag Christiane Kapp, FW-Stadtverordnete vom 21.01.2016 -	16/0033
15	Auszeichnung: "Familienfreundliche Stadt" - Gemeinsamer Antrag der CDU-/GAL-Fraktion vom 11.02.2016 -	16/0035
16	Prüfung der Bushaltestellen - Antrag der FW-Fraktion vom 22.10.2021 -	21/0127
17	Verlegung des Busbahnhof - Antrag der FW-Fraktion vom 22.10.2021 -	21/0128

Protokoll

Tagesordnung

1 Eröffnung der Sitzung

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung sind durch Einladung vom 26.10.2021 auf Montag, den 08.11.2021, 19.30 Uhr, unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden.

Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung sind öffentlich bekannt gemacht.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwände nicht erhoben werden.

Die Stadtverordnetenversammlung ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird eine Gedenkminute für den am Wochenende verstorbenen Dr. med. Willi Heinrich eingelegt. Herr Dr. med. Heinrich war u.a. Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung und ehrenamtlicher Stadtrat im Magistrat.

2 Mitteilungen

2.1 des Bürgermeisters

2.1.1 Weihnachtsmarkt 2021

zur Kenntnis
genommen

Wie bereits aus der Presse zu entnehmen war, wird der diesjährige Weihnachtsmarkt in eingeschränkter Form stattfinden können, sofern es die zu diesem Zeitpunkt geltenden Corona-Regelungen zulassen.

Sobald die Details der heute beschlossenen neuen Verordnungslage des Landes Hessen bekannt sind, wird die Verwaltung prüfen, ob der Weihnachtsmarkt unter den jetzigen Voraussetzungen noch stattfinden kann.

2.1.2 Beschwerde bei der Kommunalaufsicht gegen Bürgermeister Greuel und Erster Stadtrat Schaaf

zur Kenntnis
genommen

Bezug nehmend auf die Pressemitteilung der Oppositionsparteien hinsichtlich einer Beschwerde gegen Bürgermeister Greuel und Erster Stadtrat Schaaf bei der Kommunalaufsicht teilt Bürgermeister Greuel folgendes mit:

Demnach wollen die Fraktionen der CDU, der Freien Wähler und der FDP prüfen lassen, Zitat: „inwieweit der Ablauf der Ausschusssitzung“ Anmerkung von Bürgermeister Greuel: gemeint ist die Haupt- und Finanzausschusssitzung am 21.10.2021, „und insbesondere die ohne Beantwortung der Fragen der Opposition beschlossene Empfehlung an die Stadtverordnetenversammlung mit der HGO vereinbar ist“.

Hierzu ist zu sagen, dass es das gute Recht einer jeden Fraktion, aber auch eines jeden einzelnen Stadtverordneten ist, sich mit Anliegen an die Kommunalaufsicht zu wenden.

Bürgermeister Greuel und Erster Stadtrat Schaaf werden nun zunächst einmal die Aufforderung der Kommunalaufsicht zur Abgabe einer Stellungnahme abwarten und sich dann entsprechend äußern.

Aus Sicht des Bürgermeisters und des Ersten Stadtrats besteht jedoch keinerlei Grund zur Annahme, dass das Verfahren nicht mit der HGO im Einklang steht.

2.2 des Ersten Stadtrates

2.2.1 Vakante Stelle Amtsleitung Finanzen und EDV

zur Kenntnis
genommen

Erster Stadtrat Schaaf berichtet über den Wiederbesetzungsvorgang der Leitung des Amtes für Finanzen und EDV und den Folgen der unbesetzten Stelle seit 01.01.2021.

Bereits im November 2020 wurde die Stelle zum ersten Mal öffentlich ausgeschrieben. Im Ergebnis lagen lediglich zwei Bewerbungen vor, die die Anforderungen nicht erfüllten. Es wurden daher auch keine Vorstellungsgespräche geführt.

Die zweite Ausschreibung erfolgte mit verminderten Anforderungen im Januar 2021. Hierbei wurde zudem der Bereich der EDV aus der Stellenbeschreibung und damit aus dem Anforderungsprofil entfernt. Dieser durchaus spezielle und mit besonderen Anforderungen versehene Bereich sollte nach interner Beratung zwischen dem Bürgermeister und dem Ersten Stadtrat zunächst für das Jahr 2021 direkt dem Ersten Stadtrat angegliedert werden, um dann zum Jahr 2022 dem Amt für Zentrale Dienste und Personal zugeordnet zu werden. Diese Ausschreibung hatte insgesamt sechzehn Bewerbungen zur Folge. Der aus den Bewerbungsunterlagen hervorgehende erste Eindruck, dass die Qualifikationen der Bewerberinnen und Bewerber überwiegend nicht ausreichend sind, hat sich leider auch in den geführten Gesprächen bestätigt. Hinzu kam, dass mehrere Bewerber das Gespräch absagten. Hierunter befanden sich auch die beiden „auf dem Papier“ stärksten Bewerberinnen und Bewerber.

Im Juni 2021 musste die Stelle daher zum dritten Mal ausgeschrieben werden. Hierbei ging lediglich eine Bewerbung ein. Mit dem Bewerber wurde Ende August ein Gespräch geführt. Aufgrund einiger formaler und haushaltsrechtlicher Hürden konnte hierüber noch nicht abschließend entschieden werden. Auch der zeitliche Horizont spielt an dieser Stelle aufgrund des enormen Besetzungsdrucks eine wesentliche Rolle. Die Prüfung gestaltet sich sehr komplex und nimmt viel Zeit der Personalverwal-

tung in Anspruch.

Die Stelle ist seit nunmehr zehn Monaten unbesetzt und ein zeitnahes Ende dieses Zustands ist nicht in Sicht. Dies führt selbstredend zu erheblichen Belastungen, sowohl der Kolleginnen und Kollegen des Amtes 20, als auch für den Ersten Stadtrat. Die Aufgaben der Amtsleitung der Finanzverwaltung bestehen mit mehr als 80% in der Sachgebietsbearbeitung (Haushalt, Jahresabschluss, Berichtswesen usw.) und nur zu einem verhältnismäßig geringen Anteil in Leitungs- und Führungsaufgaben. Dies wird im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten überwiegend im Gespann durch den Ersten Stadtrat Schaaf und der Kassenverwalterin bzw. kommissarischen Amtsleiterin Hecktor bearbeitet. Soweit möglich werden auch Aufgaben durch andere Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter weit über das reguläre Maß übernommen. Die vollständige Erledigung der Aufgaben ist jedoch nicht mal im Ansatz darstellbar und führt neben der erheblichen Mehrbelastung und damit verbundenen Mehrarbeitsstunden zu einem inzwischen enormen Arbeitsstau und der Nicht-Einhaltung von gesetzlichen Fristen.

Während das Tagesgeschäft in der Stadtkasse, Kämmerei und Steuerverwaltung einigermaßen abbildbar ist, verlaufen die turnusmäßig wiederkehrenden großen Aufgabenstellungen Haushalt, Jahresabschluss und Berichtswesen unzureichend.

Der nach wie vor aus den gleichen Gründen nicht abgeschlossene Umstellungsprozess der Finanzsoftware sowie des Vollstreckungsprogramms bindet seit Ende 2020 zusätzlich massiv personelle Ressourcen. Auch die Prüfung des Jahresabschlusses 2018, mit der das Amt für Prüfung und Revision Ende August 2021 begonnen hat, trägt seinen Anteil zu der Überlastung des Bereichs der Finanzverwaltung ohne die Nachbesetzung der Amtsleitung bei.

Noch immer konnte aus den vorgenannten Gründen der Jahresabschluss 2020 nicht fertiggestellt werden. Die Aufstellung des Jahresabschlusses 2020 durch den Magistrat ist jedoch zwingende Voraussetzung für eine potentielle Genehmigung des Haushaltsplanes 2022.

Der zweite Bericht zum Haushaltsvollzug gemäß § 28 Gemeindehaushaltsverordnung zum Stichtag 31.08.2021 konnte mangels personeller und zeitlicher Ressourcen nicht aufgestellt werden. Hier sei vorab angekündigt, dass zum Stichtag 31.10.2021 ein verkürzter Bericht in der Erstellung ist, welcher der Stadtverordnetenversammlung zur Sitzung im Dezember zur Kenntnis gegeben werden soll.

Die Aufstellung des Haushaltsplans 2022 ist entsprechend ebenfalls massiv in Verzug geraten, weshalb die avisierte Einbringung in der heutigen Sitzung nicht möglich war. Es ist auch bereits jetzt absehbar, dass eine Aufstellung im Jahr 2021 nicht mehr erfolgen kann und frühestens im Januar 2022 die Einbringung in der Stadtverordnetenversammlung zu erwarten ist. Um das Verfahren soweit als möglich flexibel und der Sachlage angemessen zu gestalten, wurden bereits Vorkehrungen für eine zusätzliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21.02.2022 getroffen.

2.3 des Stadtverordnetenvorstehers

2.3.1 Wechsel in der Stadtverordnetenversammlung

zur Kenntnis
genommen

Stadtverordnetenvorsteher Kaltschnee begrüßt Frau Susanne Großkopf als neues Mitglied der SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung.

2.3.2 Geburtstage

zur Kenntnis
genommen

Stadtverordnetenvorsteher Kaltschnee gratuliert nachträglich

Herrn Stadtverordneten Andreas Clement
Herrn Stadtverordneten Niels Hofacker
Frau Stadtverordnete Stefanie Kuhn
Herrn Stadtverordneten Gerhard Groß
Herrn Stadtverordneten Thomas Egel
Frau Stadtverordnete Monika Duderstadt
Frau Stadtverordnete Heike Dürr-Böhmer

zum Geburtstag.

2.3.3 Volkstrauertag

zur Kenntnis
genommen

Stadtverordnetenvorsteher Kaltschnee lädt die Anwesenden zur Teilnahme an der Veranstaltung zum Volkstrauertag am Sonntag, den 14.11.2021 ein.

2.3.4 Bürgerversammlung am 18.11.2021

zur Kenntnis
genommen

Stadtverordnetenvorsteher Kaltschnee erinnert noch einmal an die am 18.11.2021 ab 19.30 Uhr stattfindende Bürgerversammlung.

2.3.5 Mikroschutz am Rednerpult

zur Kenntnis
genommen

Zur Vermeidung von Plastikmüll bittet Stadtverordnetenvorsteher Kaltschnee die Anwesenden, den Mikro-Schutz am Rednerpult nach ihrem Redebeitrag mit an den Sitzplatz zu nehmen. Er kann dann bei einem weiteren Redebeitrag erneut verwendet werden.

2.3.6 Zusätzliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21.02.2022

zur Kenntnis
genommen

Wie bereits durch Ersten Stadtrat Schaaf kurz dargestellt, ist eine zusätzliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Montag, den 21.02.2022 erforderlich. Sofern notwendig, wird die Sitzung am 22.02.2022 fortgesetzt.

Da eine Beschlussfassung über den Haushalt 2022 in diesem Jahr nicht erfolgen wird, ist davon auszugehen, dass die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Dezember nur am 06.12.2021 stattfinden wird und keine Fortsetzung am 07.12.2021 erforderlich ist.

2.3.7 Änderung der heutigen Tagesordnung

zur Kenntnis
genommen

In der Sitzung des Sozial-, Kultur- und Vereinsausschusses am 28.10.2021 wurden die auf der heutigen Tagesordnung stehenden Punkte 13, 14 und 15 durch die Antragstellerinnen zurückgezogen. Eine Behandlung in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ist daher obsolet.

2.4 der Ausschussvorsitzenden

2.4.1 Bericht des Vorsitzenden des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses

zur Kenntnis
genommen

Der Vorsitzende des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses, Herr Bollé, berichtet über die Sitzung vom 26.10.2021.

2.4.2 Bericht des Vorsitzenden des Sozial-, Kultur- und Vereinsausschusses

zur Kenntnis
genommen

Der Vorsitzende des Sozial-, Kultur- und Vereinsausschusses, Herr Fromm, berichtet über die Sitzung vom 28.10.2021.

3 Anfragen

3.1 Straßenzustandsbericht

- Anfrage der Freie Wähler-Fraktion vom 22.10.2021 -

zur Kenntnis
genommen

Bürgermeister Greuel gibt den Inhalt der beigefügten Mitteilung des Fachamtes bekannt.

Anlage 1 zu TOP 3.1 - Anfrage FW - Strassenzustandsbericht vom 22.10.2021

Anlage 2 zu TOP 3.1 - MS Straßenzustandsbericht

3.2 Abtransport Sperrmüll 2021 / 2022

- Anfrage der Freie Wähler-Fraktion vom 22.10.2021 -

zur Kenntnis
genommen

Erster Stadtrat Schaaf beantwortet die Anfrage der Freie Wähler-Fraktion wie folgt:

1) **Gibt es Probleme bei der Sperrmüll-Entsorgung?**

Nein, es gibt keine Probleme bei der Entsorgung sperriger Abfälle. Sowohl die Einsammlung, als auch der Transport und die Entsorgung des Sperrmülls erfolgen reibungslos innerhalb der vertraglichen Parameter durch die beauftragten Entsorgungsunternehmen REMONDIS im Holsystem und Weisgerber im Bringsystem über den Wertstoffsammelhof.

2) **Wenn ja, welche und warum?**

Da es keine Probleme bei der Entsorgung gibt, ist die Frage obsolet.

3) **Ist es richtig, dass keine Anmeldungen mehr angenommen werden?**

Nein, das ist nicht richtig. Die aktuelle Situation stellt sich lediglich so dar, dass die Termine zur Sperrmüllabfuhr – und hierbei reden wir in den kommenden 8 Wochen von 8 Terminen und 350 Haushalten – durch den massiv erhöhten Bedarf der Bürgerinnen und Bürger und die daraus erfolgten Anmeldungen bereits bis Ende des Jahres 2021 erschöpft sind und es auch zum jetzigen Zeitpunkt schon weiteren Entsorgungsbedarf und entsprechende Anmeldungen gibt. In der Folge führt dies lediglich zu einem längeren Vorlauf für die Langenselbolder Bürgerinnen und Bürger bis zur nächstmöglichen Terminvergabe der Entsorgung des Sperrmülls. Die Anmeldungen für die nächsten Termine ab Januar werden jedoch seit inzwischen 4 Wochen vergeben.

4) **Wenn ja, wie ist geplant den entstandenen Rückstau zu beheben (2021 und 2022)?**

Es gibt keinen Rückstau. Ein Rückstau würde vorliegen, wenn Termine durch das Entsorgungsunternehmen entfallen wären und diese auch nicht durch Ersatzabfuhr nachgeholt werden könnten. Dies ist jedoch faktisch nicht der Fall. Der Bedarf hat sich akut erhöht und wird auch wieder auf ein normales Niveau zurückkehren.

Als dienstleistungsorientierte Kommunalverwaltung ist es das Bestreben einer jeden Mitarbeiterin und eines jeden Mitarbeiters, die Anliegen der Bürger so schnell und unkompliziert wie möglich zu lösen. Die Finanzverwaltung konnte daher in Absprache mit der Fa. REMONDIS zusätzliche Abfuhrtermine im Januar und Februar generieren. Die inzwischen wöchentliche

Abfuhr von Sperrmüll wird dadurch für einen zunächst begrenzten Zeitraum erweitert, was zu geringeren Vorlaufzeiten der Bürgerinnen und Bürger führt.

5) In welcher Form werden die Bürger über den weiteren Ablauf informiert?

Im Regelfall per Telefon oder E-Mail. Die Bürgerinnen und Bürger kontaktieren die Stadt Langenselbold zwecks Abfrage eines Termins mittels des von ihnen präferierten Kommunikationsmittels und erhalten direkt einen Termin sowie die grundlegenden Hinweise des Ablaufs, sofern dies noch nicht bekannt ist.

Sofern weitere Fragen zur Entsorgung von Abfällen zu Tage treten, werden diese zumeist ebenfalls direkt beantwortet.

Anlage 1 zu TOP 3.2 - Anfrage FW - Sperrmüll vom 22.10.2021

4 Vorläufige Ergebnis- und Finanzrechnung zum 31.12.2020

21/0039

geändert beschlossen

1. Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Herr Schonlau, berichtet von der Sitzung am 21.10.2021.
2. Es liegt ein gemeinsamer Antrag der GRÜNEN- und SPD-Fraktion vor. Er ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Abstimmungsergebnis über den vorliegenden gemeinsamen Antrag der GRÜNEN- und SPD-Fraktion:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
18 (13 SPD, 5 GRÜNE)	14 (10 CDU, 4 FW)	3 (2 FDP, 1 FW)

Anlage 1 zu TOP 4 - Gemeinsamer Antrag GRÜNE und SPD zu TOP 4

5 1. Satzung zur Änderung der Abfallsatzung

21/0099

ungeändert
beschlossen

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Herr Schonlau, berichtet von der Sitzung am 21.10.2021.

Stadtverordnete Duderstadt (CDU) stellt den **GO-Antrag**, die **Tagesordnungspunkte 5 und 6** zur weiteren Beratung erneut in den Haupt- und Finanzausschuss zu verweisen.

Sollte dieser GO-Antrag nicht angenommen werden, werden die CDU-, FW- und FDP-Fraktion nicht an der Abstimmung zu den Tagesordnungspunkten 5 und 6 teilnehmen.

Es erfolgt Gegenrede durch die Stadtverordneten Hofacker (GRÜNE) und Fromm (SPD).

Abstimmungsergebnis über den GO-Antrag:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
17 (10 CDU, 5 FW, 2 FDP)	18 (13 SPD, 5 GRÜNE)	0

Damit ist der GO-Antrag **abgelehnt**.

Nachdem keine Redebeiträge mehr anstehen, ruft Stadtverordnetenvorsteher Kaltschnee den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung auf.

Daraufhin verlassen die Mitglieder der CDU-, FDP- und FW-Fraktionen bis auf Herrn Häsler (FW) den Sitzungssaal. Stadtverordneter Häsler stellt gem. § 19 Abs. 1 der Satzung GO-Stadtverordnetenversammlung und Ausschüsse den Antrag auf Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Hinweis:

Gem. § 19 Abs. 1 der GO zählt der Antragsteller zu den anwesenden Stadtverordneten.

Feststellung der Beschlussfähigkeit:

Stadtverordnetenvorsteher Kaltschnee stellt die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind

13 Mitglieder der SPD-Fraktion
5 Mitglieder der GRÜNEN-Fraktion und
1 Mitglied der FW-Fraktion

Ergebnis:

Gem. § 19 Abs. 1 der GO ist die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gesetzlichen Zahl der Stadtverordneten anwesend ist. Die gesetzliche Zahl beträgt 37 Mitglieder. Für die Beschlussfähigkeit müssen daher mindestens 19 Stadtverordnete anwesend sein.

Zum Zeitpunkt der Antragstellung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sind **19 Stadtverordnete** anwesend.

Die Beschlussfähigkeit gilt gem. § 19 Abs. 1 der GO so lange als vorhanden, bis das Gegenteil auf Antrag festgestellt wird.

Nach Feststellung der Beschlussfähigkeit verlässt Stadtverordneter Häsler (FW) den Sitzungssaal.

Beschluss:

Der Entwurf der 1. Änderung der Abfallsatzung (AbfS) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
18 (13 SPD, 5 GRÜNE)	0	0

Hinweis:

Siehe Protokolländerung gem. Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 06.12.2021.

6 **4. Satzung zur Änderung der Entwässerungssatzung der Stadt Langenselbold**

21/0108
ungeändert
beschlossen

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Herr Schonlau, berichtet von der Sitzung am 21.10.2021.

Stadtverordnetenvorsteher Kaltschnee lässt über den bereits unter TOP 5 gestellten **GO-Antrag** der Stadtverordneten Duderstadt (CDU) abstimmen.

Abstimmungsergebnis über den GO-Antrag:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
0	18 (13 SPD, 5 GRÜNE)	0

Damit ist der GO-Antrag **abgelehnt**.

Beschluss:

Der Entwurf der 4. Änderung der Entwässerungssatzung der Stadt Langenselbold wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
18 (13 SPD, 5 GRÜNE)	0	0

7 **Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Langenselbold**

21/0125
ungeändert
beschlossen

Nach Aufrufung des Tagesordnungspunktes kehren die Mitglieder der CDU-, FDP- und FW-Fraktionen wieder in den Sitzungssaal zurück und nehmen an den darauffolgenden Beratungen und Beschlussfassungen teil.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt

Frau Diana Artero
Gartenstraße 21
63505 Langenselbold

für weitere 5 Jahre als Schiedsfrau für den Schiedsamsbezirk Langenselbold.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
35	0	0

8 **Änderung des Stadtverordnetenbeschlusses vom 19/3/2018
„Vereinbarung zwischen Fa. NR-Holding und der Stadt Langenselbold“**

21/0122
ungeändert
beschlossen

Der Vorsitzende des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses, Herr Bollé, berichtet von der Sitzung am 26.10.2021.

Stadtverordneter Gibbe (CDU) stellt den **GO-Antrag** den TOP zur weiteren Beratung erneut in den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss zu verweisen. Ein entsprechender Fragenkatalog liegt schriftlich vor und ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Es erfolgt Gegenrede durch die Stadtverordnete Hofacker (GRÜNE).

Abstimmungsergebnis über den GO-Antrag:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
17 Stimmen (10 CDU, 5 FW, 2 FDP)	18 Stimmen (13 SPD, 5 GRÜNE)	0

Damit ist der GO-Antrag **abgelehnt**. Die Beratung wird kurz fortgesetzt und aufgrund des **GO-Antrages** des Stadtverordneten Sack (FDP) für die Zeit von

21.25 Uhr bis 21.40 Uhr

unterbrochen.

Beschluss:

Stadtverordnetenbeschluss - Änderung

Der Stadtverordnetenbeschluss vom 19.03.2018 zur Entwicklung des Gewerbeparks westlich der BAB 45 auf Langenselbolder Gemarkung wird unter II. Ziffer 1. b. wie folgt geändert:

- b. Die Fa. NR Holding Development GmbH (NR-Holding), Hainstraße 58 in Erlensee bzw. ein noch zu gründendes Tochterunternehmen mit Sitz in Langenselbold, entwickelt im Geltungsbereich den südlichen Teil der Gewerbeflächen, bestehend aus dem landwirtschaftlichen Weg Flur 80, Flurstück 6/2 sowie alle Flächen südlich davon, einschließlich der Wege, Straßen, jedoch ohne das Flurstück 12/1 (öffentl. Grünfläche). Die Gesamtgröße der Flächen beträgt ca. 45.800 m².

Verweis in den Ausschuss

Die Vorlage wird direkt in den Planungs-, Bau- und Umweltausschuss verwiesen.

Vereinbarungen zwischen Firma NR – Holding Development GmbH und der Stadt Langenselbold

Es soll ein Vertrag zwischen der NR-Holding und der Stadt Langenselbold zur städtebaulichen Entwicklung des südlichen Teils des Baugebietes Businesspark Langenselbold West mit folgenden Bedingungen und Eckpunkten geschlossen werden. Ziel der NR-Holding ist der Bau eines Logistikgebäudes.

1. Die Fa. NR Holding Development GmbH, Hainstraße 58 in Erlensee gründet ein Tochterunternehmen mit Sitz in Langenselbold.
2. Der Investor erwirbt die städtischen Grundstücke zum Preis von 70,-- €/m² einschl. der bisherigen Planungskosten und Ausgleichskosten, dies wären, vorbehaltlich der genauen Vermessung bei einer Größe von 45.800 m², ca. 3,2 Mio. Euro.
3. Der Investor stellt die Dächer der Gebäude unentgeltlich für die Errichtung und den Betrieb ei-

ner Bürgersolaranlage zur Verfügung.

4. Der Investor strebt für seine Gebäude eine DGNB – Zertifizierung in Gold an.
5. Die vollständige Baugebietsentwässerung erfolgt über die Stadt Erlensee und wird nicht an das Kanalnetz der östlicher der A45 gelegenen Gewerbegebiete und die Kläranlage der Stadt Langenselbold angeschlossen.
6. Der Investor plant und baut auf eigene Kosten die erforderlichen Erschließungsanlagen im südlichen Bereich des Gewerbegebiets. Die Erschließungsanlagen und die Grünflächen gehen nach Fertigstellung durch die NR – Holding und Abnahme durch die Bauverwaltung in das Eigentum der Stadt über. Die Erschließungsflächen werden von der NR-Holding vermessen und als eigene Parzellen auszuweisen.
7. Werden Änderungen des Bebauungsplans beispielsweise durch Verlegung der Straßenführung erforderlich, stimmt die NR-Holding Umfang und Ziele mit der Stadt Langenselbold zuvor ab. Alle Kosten der Planänderung übernimmt die NR-Holding.
8. Alle baulichen Maßnahmen im Rahmen der Erschließungsanlagen müssen den technischen und gestalterischen Anforderungen der Stadt Langenselbold entsprechen. Die Ausführung darf nur nach vorheriger Abstimmung und freigegebenen Plänen erfolgen.
9. Wird eine Ertüchtigung der Lichtsignalanlage und/oder ein Um- oder Ausbau des Knotens L 3445 – Autobahnmeisterei - Businesspark von HessenMobil gefordert, übernimmt die NR-Holding die Kosten anteilig im Verhältnis der Entwicklungsflächen Businesspark Süd.
10. Der Baubeginn erfolgt innerhalb von drei Jahren nach Beurkundung des Grundstückskaufs; die Baufertigstellung erfolgt spätestens zwei Jahre nach Baubeginn.
11. Der Investor verpflichtet sich, keines der von der Stadt Langenselbold erworbenen Grundstücke an die Fa. Dachser oder Fa. Heinemann zu verkaufen. Gleiches gilt für das Grundstück im Südwesten des Baugebiets für den Fall, dass NR-Holding dies ebenfalls erwirbt.
12. Bei Nichteinhaltung der vorgenannten Bedingungen, kann die Stadt Langenselbold die lastenfreie Rückübertragung des Grundstücks verlangen. Eine Sicherung dieses Anspruchs wird zu Gunsten der Stadt Langenselbold im Grundbuch eingetragen.
13. Zur Umsetzung der Vereinbarung und Regelung der Details wird ein städtebaulicher Vertrag zwischen der NR-Holding und der Stadt Langenselbold geschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
18 (13 SPD, 5 GRÜNE)	12 (7 CDU, 5 FW)	5 (3 CDU, 2 FDP)

Anlage 1 zu TOP 8 - Anfrage der CDU-Fraktion vom 08.11.2021

9 Gesundheitszentrum der Vital AG

- **Herstellung des Einvernehmens gem. § 36 Baugesetzbuch**
- **Zustimmung zur dreigeschossigen Ausführung** **21/0123**
- **Änderung des Stadtverordnetenbeschlusses vom 19/11/2019 zum** geändert beschlossen
„Ankauf und Verkauf von Grundstücken zum Bau eines
Gesundheitszentrums mit Discounter (Aldi)“

1. Bürgermeister Greuel weist darauf hin, dass der zu ändernde Stadtverordnetenbeschluss nicht vom 19.11.2019 datiert, sondern vom 09.12.2019.
2. Es liegt ein gemeinsamer Ergänzungsantrag der GRÜNEN- und SPD-Fraktion vor. Er ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Beschlussvorschlag:

1. Dem Bauvorhaben zur Errichtung eines Gesundheitszentrums wird gem. § 36 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 31 BauGB das Einvernehmen unter folgenden Bedingungen erteilt:
 - a. Der Bauherr weist in einer Tekturplanung insgesamt 272 Stellplätze gem. Stellplatzsatzung nach. Die offenen Stellplätze müssen in wasserdurchlässiger Bauweise hergestellt werden. Je fünf Stellplätze ist ein Baum zu pflanzen und zu unterhalten, insgesamt also 55 Bäume.
 - b. Die Entwässerungsplanung muss unter Berücksichtigung der Festsetzung 1.11 des Bebauungsplans Gewerbegebiet Langenselbold West nachgereicht werden.
2. Der dreigeschossigen Ausführung durch den Bau der Technikzentrale auf dem Staffelgeschoss im beantragten Umfang wird zugestimmt.
3. Der Punkt 5. des Stadtverordnetenbeschlusses vom 19.11.2019 wird wie folgt geändert:
 5. Die Grundstücke 2/1 (12.777 m²) und 3/1 (1.312 m²) in der Flur 77 werden vorbehaltlich der Rechtskraft des Bebauungsplanes „Gewerbepark Langenselbold West“ und ausschließlich zur Errichtung eines Gesundheitszentrums mit dem Vollversorger TE-GUT an die Vital AG, Am Glockenturm 8, 63814 Mainaschaff, verkauft. Voraussetzung ist die Schließung der Filiale Ringstraße 58 in Langenselbold und der Umzug in die Räumlichkeiten des Gesundheitszentrums. Sollte das Projekt nicht realisierbar und/oder umsetzbar sein, so wird der Grundstückskauf rückabgewickelt.

Abstimmungsergebnis über den vorliegenden Ergänzungsantrag der GRÜNEN- und SPD-Fraktion:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32 (13 SPD, 5 GRÜNE, 10 CDU, 2 FW, 2 FDP)	0	3 (FW)

Abstimmungsergebnis über den modifizierten Beschlussvorschlag:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
32 (13 SPD, 5 GRÜNE, 10 CDU, 2 FW, 2 FDP)	2 (FW)	1 (FW)

Pause von 22.31 Uhr bis 22.33 Uhr

Anlage 1 zu TOP 9 - Ergänzungsantrag GRÜNE und SPD

10 E-Scooter Parkstationen für Langenselbold - Antrag der CDU-Fraktion vom 14.09.2021 -

21/0111
vertagt

Aufgrund der Uhrzeit erfolgt die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 06.12.2021.

-
- 11 Aktualisierung des digitalen Stadtplans** **21/0112**
- Antrag der CDU-Fraktion vom 14.09.2021 - vertagt

Aufgrund der Uhrzeit erfolgt die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 06.12.2021.

-
- 12 Mehrzweckhalle** **21/0113**
- Antrag der CDU-Fraktion vom 14.09.2021 - vertagt

Aufgrund der Uhrzeit erfolgt die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 06.12.2021.

-
- 13 Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention** **11/0011.2**
- Antrag der SPD-Fraktion vom 21.01.2011 - zurückgezogen

Dieser Tagesordnungspunkt wurde durch die Antragstellerin in der Sitzung des Sozial-, Kultur- und Vereinsausschusses am 28.10.2021 zurückgezogen.

-
- 14 Volksbegehren "Gebührenfreie Kitaplätze in ganz Hessen"** **16/0033**
- Antrag Christiane Kapp, FW-Stadtverordnete vom 21.01.2016 - zurückgezogen

Dieser Tagesordnungspunkt wurde durch die Antragstellerin in der Sitzung des Sozial-, Kultur- und Vereinsausschusses am 28.10.2021 zurückgezogen.

-
- 15 Auszeichnung: "Familienfreundliche Stadt"** **16/0035**
- Gemeinsamer Antrag der CDU-/GAL-Fraktion vom 11.02.2016 - zurückgezogen

Dieser Tagesordnungspunkt wurde durch die Antragstellerinnen in der Sitzung des Sozial-, Kultur- und Vereinsausschusses am 28.10.2021 zurückgezogen.

-
- 16 Prüfung der Bushaltestellen** **21/0127**
vertagt

- Antrag der FW-Fraktion vom 22.10.2021 -

Aufgrund der Uhrzeit erfolgt die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 06.12.2021.

17 Verlegung des Busbahnhof

21/0128

- Antrag der FW-Fraktion vom 22.10.2021 -

vertagt

Aufgrund der Uhrzeit erfolgt die Beratung und Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 06.12.2021.

Vorsitz:

Schriftführung:

Bernd Kaltschnee

Marilyn Burdick
Sitzungsdienst